



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Tel.: 0221/ 169 65 07
Mail: kontakt@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

PRESSEMITTEILUNG, 29.5.2013

Jobverhandlungen im Amt inakzeptabel: LobbyControl kritisiert von Klaedens Seitenwechsel

Die Nichtregierungsorganisation LobbyControl kritisiert den Wechsel von Staatsminister Eckart von Klaeden zur Daimler AG. Dazu erklärt Christina Deckwirth von LobbyControl:

„Ein Seitenwechsel aus dem Amt des Staatsministers in eine Lobbytätigkeit bei einem privaten Konzern ist hochproblematisch. Die Aussicht auf lukrative Jobs nach Ende der Amtszeit schafft Anreize, politische Entscheidungen zugunsten späterer Arbeitgeber zu treffen. Bereits der Verdacht, dass von Klaeden in seiner Amtszeit Entscheidungen zugunsten der Autolobby beeinflusst hat, schädigt das Vertrauen in demokratische Prozesse.

Der aktuelle Fall ist besonders brisant, weil von Klaeden die Jobverhandlungen schon während seiner Amtszeit geführt hat. Sein Amt kann er nun nicht mehr unvoreingenommen ausüben. Merkels Klimapolitik verliert endgültig an Glaubwürdigkeit, wenn die Kanzlerin in den nächsten Monaten von einem zukünftigen Auto-Lobbyisten beraten wird. Bundeskanzlerin Merkel sollte Staatsminister von Klaeden sofort von seinen Aufgaben entbinden. Denn als zukünftiger Daimler-Lobbyist kann er sein Amt nicht mehr unvoreingenommen wahrnehmen. Er müsste sich eigentlich bei allen Themen enthalten, die für Daimler von Interesse sind. Da Daimler als international aktives Großunternehmen an nahezu allen politischen Fragen interessiert ist – sei es Klimapolitik, Arbeitsmarktfragen oder Handelsverträge –, bleibt als saubere Lösung nur die vorzeitige Entlassung als Staatsminister.

Wir fordern eine dreijährige Karenzzeit für Minister, Staatssekretäre und Abteilungsleiter in Ministerien. Innerhalb dieser Karenzzeit muss ein Wechsel in Lobbytätigkeiten verboten sein. Wir fordern außerdem ein Verbot von Jobverhandlungen während der Amtszeit.

Seit dem Wechsel von Gerhard Schröder wurden trotz vieler öffentlicher Proteste keine neuen Regeln für Regierungsmitglieder eingeführt. Frau Merkel trägt als Bundeskanzlerin die politische Verantwortung für diesen Missstand. Sie muss sich nun öffentlich erklären, wie sie sich zu solchen Seitenwechseln positioniert.“

Eine Übersicht wichtiger Seitenwechsel der letzten Jahre finden Sie unter https://www.lobbypedia.de/wiki/Portal_Seitenwechsel